

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/137

Bonn, den 24. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 3	Sorgen der kommunistischen Parteien des Westens	123

Sie wollen keine sowjetische Intervention in der GSSR

* Dieser Artikel ist das Ergebnis von Recherchen *
* eines unserer diplomatischen Mitarbeiter, der *
* besonders mit der Entwicklung der kommunisti- *
* schen Parteien in der westlichen Welt vertraut *
* ist. Die Redaktion *

+ + +

3	S I N F	20
---	---------	----

Deutsche Abrüstungsvorschläge vor dem Forum der Welt

4 - 4 a	Harter Kommunalwahlkampf in Niedersachsen	43
---------	---	----

CDU flüchtet in die "große Politik" - SPD will
"Zünglein an der Waage" sein

5 - 6	B I A F R A	87
-------	-------------	----

Ein Dilemma der kritischen Politik

Von Hans-Joachim Werbke, London

* *

*

Sorgen der kommunistischen Parteien des Westens

Sie wollen keine sowjetische Intervention in der CSSR

- * Der nachstehende Artikel ist das Ergebnis von *
- * Recherchen eines unserer diplomatischen Mitarbeiter, *
- * der besonders mit der Entwicklung der kommunistischen *
- * Parteien in der westlichen Welt vertraut ist. *
- * Die Redaktion *

Die jüngsten Ereignisse in der CSSR haben auch in den kommunistischen Parteien der westlichen Welt, besonders aber in den kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens, zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Ähnlich wie während der Zeit des Aufstandes in Ungarn haben sich die Zentralkomitees dieser Parteien an das Zentralkomitee der KPdSU gewandt und mehrfach um unmittelbare Aufklärung über die Vorgänge gebeten.

Obwohl die sowjetische Intervention in Ungarn seinerzeit die kommunistischen Parteien des Westens stark erschütterte, war es deren Führungen doch noch gelungen, größere Abspaltungen zu verhindern. Die Spaltungstendenzen haben sich jedoch in den letzten Jahren nach dem ungarischen Aufstand so verschärft, daß schon zu Beginn der Ereignisse in der CSSR von der KPF und der KPI nicht mehr nur Direktinformationen erbeten, sondern die Forderung erhoben wurde, jede spektakuläre Intervention in der CSSR zu unterlassen.

Im Zentralkomitee der kommunistischen Partei Frankreichs konnte nur mit knapper Mehrheit verhindert werden, daß die KPF eine öffentliche Warnung an die Adresse Moskaus und eine öffentliche Sympathieerklärung an die CSSR gerichtet wurden. Als Kompromißlösung beschloß man dann die Reise des Generalsekretärs der KPF, Waldeck-Rochet, nach Moskau, wo dieser den Vorschlag unterbreiten sollte, eine allgemeine Konferenz der kommunistischen Parteien zwecks Studium der Vorgänge in der CSSR einzuberufen.

Das Ergebnis dieser Reise ist bekannt. Waldeck-Rochet kehrte unverrichteter Dinge nach Frankreich zurück und muß jetzt in einer der nächsten Sitzungen des Politbüros und des Zentralkomitees zu verhindern versuchen, daß aus der knappen Mehrheit, die seine Reise nach Moskau beschloß, jetzt eine Minderheit wird.

Ähnlich wie in Frankreich sieht es in der kommunistischen Partei Italiens aus. Seit einigen Wochen wird die Parteileitung mit Solidaritätserklärungen an die Adresse der Prager Kommunisten bombardiert. Einer der großen Parteibezirke hat die Forderung gestellt, die kommunistische Partei Italiens soll solange alle Beziehungen zur KPdSU unterbrechen, solange nicht erwiesen sei, daß sich Moskau jeder Intervention in die inneren Angelegenheiten der CSSR enthält. Ein anderer Parteibezirk hat von der Parteileitung

in Rom verlangt, daß alle von den unteren Einheiten der Partei beschlossenen Sympathieerklärungen für Prag im Zentralorgan der KPI veröffentlicht werden sollten.

Die Führungsgremien der kommunistischen Partei Belgiens haben beschlossen, in Form eines Protestschreibens die KPdSU vor politischen und militärischen Interventionen in der CSSR zu warnen.

Alle diese Vorgänge in den kommunistischen Parteien der westlichen Welt deuten darauf hin, wie sehr man dort weitere Abspaltungen befürchtet, falls Moskau darauf bestehen sollte, seinen Willen in Prag durchzusetzen. Besonders kritisch ist die Situation in der kommunistischen Partei Frankreichs. Hier hat sich bei der letzten Parlamentswahl gezeigt, daß breite Arbeiterschichten der KPF ihre Stimme versagten und entweder nicht zur Wahl gingen oder die von der sozialistischen Partei SFIO im Jahre 1958 nach links abgewanderte PSU gewählt haben. Nach der Wahlniederlage der KPF versucht jetzt die "chinesische Fraktion" in Frankreich eine neue Massenorganisation unter dem Deckmantel der kommunistisch geführten Gewerkschaft CGT zu schaffen. Die kommunistische Parteiführung in Frankreich ist sich völlig klar darüber, daß dieser Prozeß beschleunigt wird, wenn es nicht gelingt, die KPdSU von Interventionen in der CSSR abzuhalten. Auch in Italien sind deutliche Anzeichen spürbar, daß die radikale Linke in der KPI eine neue organisatorische Plattform vorbereitet.

Parallel zu dieser Entwicklung nach links hin zeigt sich in den kommunistischen Parteien des Westens als Folge des Verhaltens der KPdSU gegenüber der Tschechoslowakei ein Abwanderungsprozeß in Richtung auf die traditionellen sozialistischen Parteien. Starke Gruppen von intelligenten Arbeitern und Intellektuellen berufen sich auf das Recht der kommunistischen Parteien, den "eigenen Weg zum Sozialismus" gehen zu wollen. Dieser eigene Weg wird als "demokratischer Sozialismus" bezeichnet und entspricht in der Grundhaltung jenen Vorstellungen, die schon 1948 von Tito für Jugoslawien entwickelt wurden. Da man jedoch in den westlichen Industriestaaten sehr wohl weiß, daß die für das damalige Agrarland Jugoslawien entwickelten Vorstellungen nicht einfach auf das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts übertragen werden können, konzentriert man sich ganz auf die jetzt gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen, in denen man politisch weiter zu arbeiten gedenkt.

Die krampfhaften Versuche der kommunistischen Parteiführungen in diesen Ländern, das Drängen, besonders der jüngeren Funktionäre, nach mehr Freiheit, mehr Raum für persönliche Initiative und größere Bewegungsmöglichkeiten im Rahmen der nationalen Politik zu stoppen, stößt auf immer größeren Widerstand. Besonders in Frankreich und Italien scheint es nicht ausgeschlossen zu sein, daß sich noch im Herbst dieses Jahres ein Bündnis zwischen den rebellierenden Studenten und einer von den kommunistischen Parteien unabhängig agierenden Gruppe der Arbeiterschaft herstellen läßt.

Nicht zuletzt dürften diese Perspektiven die Führung der KPdSU veranlaßt haben, ihre ursprünglich beabsichtigte Intervention in der CSSR zunächst aufzugeben. Für Moskau stellt sich natürlich damit auch die Frage, wie in Zukunft das Verhältnis der KPdSU zu den kommunistischen Parteien des Westens gestaltet werden kann. Zur Zeit macht sich in Moskau eine starke Tendenz zum Isolationismus der kommunistischen Bewegung der UdSSR bemerkbar. Diese Tendenz wird zunächst noch von der

Armee zurückgedrängt, die unter Berufung auf angebliche Angriffsabsichten des Westens jede Lockerung des Warschauer Paktsystems mit aller Entschiedenheit ablehnt. Welche der beiden Tendenzen sich bei den kommenden internen Auseinandersetzungen in Moskau durchsetzen wird, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Fest steht jedoch heute schon, daß die "militärpolitische Komponente" der sowjetischen Politik nur dann die Oberhand behalten dürfte, wenn es ihr gelingt, das Schreckgespenst einer westlichen Aggression gegen das "sozialistische Lager" am Leben zu erhalten. Umgekehrt würde diejenige Richtung sich durchsetzen können, die glaubhaft machen kann, daß die Sowjetunion keinen Angriff aus dem Westen befürchten muß.

Auch in diesem Zusammenhang spielen die kommunistischen Parteien des Westens eine wichtige Rolle. Sowohl in Frankreich als auch in Italien glauben sie, ihr Wählerpotential nur dann ausweiten zu können, wenn es ihnen gelingt, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß sie nicht sklavisch jedem Befehl Moskaus Folge leisten.

Die kommunistischen Parteien sind also in Bewegung geraten. In den letzten Wochen haben sich die Realitäten und der Wunsch der Führungen der einzelnen Parteien, auch im Westen eine entscheidende Rolle spielen zu können, durchgesetzt. Wie die Entwicklung weiter verläuft, wird im wesentlichen von dem Verhalten des Westens abhängen. Westliche Interventionen, und seien sie noch so geringfügig, oder ostentativ dargestelltes Interesse an Sensationen, müssen zwangsläufig die jetzt innerhalb der kommunistischen Parteien sich befehlenden Gruppierungen wieder zusammenschweißen. In Moskau weiß man jedoch, daß am Ende einer solchen Entwicklung nicht etwa die Wiederherstellung der früheren Rolle der KPdSU stehen würde, sondern eine neue Spielart des Kommunismus, die heute von Peking repräsentiert wird.

* * *

G E N E F

Deutsche Abrüstungsvorschläge vor dem Forum der Welt

sp. Am 28. August beginnt in Genf die Konferenz der nuklearen "Habenichtse". Auch die Bundesrepublik wird dort vertreten sein, da sie als Mitglied zahlreicher Unterorganisationen der UNO offiziell eingeladen wurde. Schon jetzt legen aber die 17 im UNO-Unterausschuß für Abrüstungsfragen vertretenen Nationen neue Abrüstungsvorschläge vor. Es kann also davon ausgegangen werden, daß die Konferenz Anfang September indirekt eine Fortsetzung der bis dahin bereits im offiziellen UNO-Abrüstungsausschuß behandelten Themen sein wird. Im Mittelpunkt der September-Konferenz steht jedoch zunächst die Frage, inwieweit die nuklearen "Habenichtse" durch den Atomsperrvertrag genügend Sicherheiten für die eigene Entwicklung der friedlichen Atomenergie und die Kontrollen für die Einhaltung des Vertrages erhalten können. Bundesaußenminister Brandt wird selbst an dieser Konferenz teilnehmen. Die Bundesrepublik Deutschland erhält damit zum ersten Mal Gelegenheit, vor einem Weltforum ihre Gedanken zu den allgemeinen Abrüstungsproblemen darzustellen. Die jetzt schon in Gang befindliche UNO-Abrüstungskonferenz und die am 28. August beginnende Tagung der Nichtnuklearen-Staaten dürfte also der Ausgangspunkt einer weltweiten Diskussion über allgemeine Abrüstungsprobleme sein, an der diesmal auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist.

Harter Kommunalwahlkampf in Niedersachsen

CDU flüchtet in die "große Politik" - NPD will
"Zünglein an der Waage" werden

Kr - Wieder die Sozialdemokraten zu Felde ziehen im niedersächsischen Kommunalwahlkampf alle anderen Parteien. Um die etwa 39.000 Sitze in den Gemeindeparlamenten bewerben sich ca. 85.000 Kandidaten. Obwohl erst am 29. September gewählt wird, zeichnete sich bereits im Juli eine gewisse Spannung ab. Die CDU, die sich in Hannover mit den seit Jahren regierenden Sozialdemokraten in einer großen Koalition befindet, ist offensichtlich gewillt, mit der SPD ohne Rücksichtnahme auf die sonst konstruktive Zusammenarbeit auf Landesebene die Klängen zu kreuzen.

Bei den letzten Kommunalwahlen rief der damalige präsidiierende Vorsitzende der niedersächsischen CDU, Landesminister Dr. Otto F r i c k e, Goslar, zum "Sturm auf die roten Rathäuser" auf. Diese konzentrierte Attacke mißlang. Besonders in den sozialdemokratischen Hochburgen, fast ausnahmslos alle kreisfreien Städte, ging die SPD wieder als Sieger hervor.

Das war einmal die Anerkennung der Wähler für eine konstruktive Kommunalpolitik. Andererseits erteilten die niedersächsischen Wähler der CDU auch insofern eine klare Absage, weil jener Slogan von den "Roten Rathäusern" schon lange abgedroschen war.

Jede Wahl in Niedersachsen war für die CDU eine Prestigefrage. Die sozialdemokratische Vorrangstellung in dem noch überwiegend agrarwirtschaftlichen Gebiet zu brechen, war schon immer das erklärte Ziel der CDU. Diesmal bewertet sie die Kommunalwahl noch höher. Ganz offensichtlich bemüht sie sich, bereits jetzt eine gute Startbasis für den Bundestags- und den 1971 folgenden Landtagswahlkampf zu finden. Worüber man hingegen nicht spricht, ist die Tatsache, daß die niedersächsische CDU überhaupt erst einmal organisatorischen Halt finden muß. Die vor kurzem stattgefundenen Fusion der drei seit langem bestehenden Landesverbände Hannover, Braunschweig und Oldenburg verlief nicht so reibungslos, wie man es sich gedacht hatte. Besonders

die bis heute noch nicht beigelegten Reibereien bei der Wahl des Vorsitzenden spielten hier mit. Durch die Kommunalwahl hofft man nunmehr, einen geschlossenen niedersächsischen CDU-Verband zu bekommen. Ob das allerdings gelingen wird, ist noch sehr fraglich.

Wenn auch die CDU das Prestige vor Sachfragen zu stellen gedenkt, so steht gerade am 29. September in Niedersachsen mehr auf dem Spiel. Die Freien Demokraten können aus ihrer Oppositionsrolle taktieren, in der sie sich sowohl in Hannover als auch in Bonn befinden. Zudem vegetieren sie in Niedersachsen kommunalpolitisch dahin. Für die FDP steht ferner die Auseinandersetzung mit der NPD auf dem Wahlprogramm.

NPD-Vorsitzender v. Thadden erblickt offensichtlich in der FDP keine Konkurrenz mehr. Ihm kommt es vielmehr darauf an, seinen Erfolg bei der letzten niedersächsischen Landtagswahl fortzusetzen. Seit Monaten bemüht sich die NPD in den Gemeinden, "alles besser zu machen." Das Echo in der Bevölkerung war - gemessen an Diskussionsabenden und Versammlungen mit kommunaler Thematik - völlig belanglos.

Die Sozialdemokraten haben gute Arbeit geleistet. Sie haben es in dem Bundesland, das den Auswirkungen der Teilung Deutschlands besonders unterworfen ist, niemals an Verantwortung, Mut und Initiative fehlen lassen. Das wissen ihre Gegner, und deshalb werden sie sich kaum auf eine Auseinandersetzung mit der SPD über Probleme der Gemeindepolitik einlassen. Die kommunalpolitischen Erfolge der SPD in Niedersachsen machen eine solche Polemik zur Farce.

Bereits erkennbar ist jene "Wahlkampfstimmung", die von den Gegnern der SPD durch Themen der Landes- und Bundespolitik angeheizt wird. In Ermangelung zugkräftiger Gegenargumente in der Kommunalpolitik flüchten nun in die Landes- und Bundespolitik. Und das ist bedenklich: Die Gefahr der Zersplitterung in den Gemeindeparlamenten zieht auf. Sie ist durch die NPD präsent.

Bei der gegenwärtigen Konstellation zahlreicher Gemeindeparlamente in Niedersachsen würden auch nur ganz wenige Vertreter rechtextrimistischer Gruppen das "Zünglein an der Waage" darstellen. Darauf ist die NPD in Niedersachsen aber verpflichtet.

B I A F R A

Ein Dilemma der britischen Politik

Von Hans-Joachim Werbke, London

Rochesters Labourabgeordnete Anne Kerr, die sich als studierte Schauspielerin stets wirkungsvoll in Szene zu setzen weiß, bedrängte ihren Parteifreund, den Premierminister, in der letzten Fragestunde, ob es nicht Heuchelei sei, mit der einen Hand Milch an die Biafraner zu reichen und mit der anderen Hand Nigeria Waffen zu geben. Mit großväterlicher Verbeugung, die einen Gladstone nicht schlecht zu Gesicht gestanden hätte, erwiderte Harold Wilson der dunklen Schönen, sie tische kräftig Propaganda auf. Tatsächlich serviert die schwarze Anna oft unbesehen östliche Propagandafloakeln; aber in diesem Fall traf sie ein Kernproblem, das die humanitär Empfindenden überall in der Welt quält und sogar den Oberhirten der Anglikanischen Kirche, den Erzbischof von Canterbury, Dr. Michael Ramsey, nach einem Waffenlieferungsstopp rufen ließ.

Auf den Labourbänken ruckorte es denn auch entsprechend: "Zurücknehmen!" wurde dem Premier zugerufen und Schlimmeres, und nur der Mr. Speaker, der Unterhaus-Präsident, rettete den Regierungschef, dadurch, daß er die nächste Frage aufrief.

Wie fragwürdig Harold Wilson sich auch verhalten haben mag, so unrecht hat er nicht: Propaganda spielt in die gestellte Frage hinein. Die Propaganda Biafras nämlich, die mit Hilfe einer ungeheuer wirksamen Public Relations-Agentur in Genf seit Tagen und Wochen die Weltöffentlichkeit massiert, indem vor aller die Briten in London als die wahren Übeltäter hingestellt werden. Es seien ihre Waffenlieferungen an die Bundesregierung von Lagos, die zur Verlängerung des Bruderkrieges beitragen usw.. Mit dem Druck auf die Eränenrdrüsen der britischen und der Weltöffentlichkeit wollte der Sezessions-Obrist Ojukwu Britannien zur Revision seiner Politik zwingen, vordringlich zum Einstellen der Waffensendungen, aber auch zum Aufgeben der loyalen Haltung gegenüber der Bundesregierung von Lagos. Ojukwu hatte es dabei insofern leicht, als die Tschechen ihrerseits ihre Rüstungslieferung beendet haben und so nur mehr Briten und Sowjets als Waffenlieferanten zurückließen, von denen wiederum die Londoner glauben, sie müssten das Hölle Spiel weiterspielen, weil anders die Russen das Feld unangefochten beherrschten.

In der seltenen Fragestunde bestätigte Premierminister Wilson einer konservativen Abgeordneter, daß von britischer Seite Schützenpanzerwagen nach Lagos geliefert werden; es seien "traditionelle Waffen", war vom Verteidigungsministerium versichert worden. Die Briten bleiben nicht nur der Russen wegen im Geschäft, sondern auch, weil sie auf diese Weise eine Übersicht über die Waffenlieferung von Privathand behalten. Sie behaupten, daß sie Dank dieser

Lieferungen das Ohr von General Gowon in Lagos haben. Sicher hilft ein solcher Kontakt, für die Lebens- und Hilfsmittel, die bereitgestellt sind, einen Weg zu den Opfern des Bürgerkriegs zu bahnen.

Auf der Insel Fernando Poo stehen zwischen 1.600 und 1.800 Tonnen an Hilfsmitteln zur Versorgung der Hungernden bereit. Bisher haben die Biafraner nach eigener Angaben zwischen 10 und 15 Tonnen pro Nacht hereingelassen. 200 Tonnen pro Tag sind jedoch nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes notwendig. Die Zahl der Bedürftigen wird geschätzt auf zwischen 600.000 und 2.000.000; die Todesrate der Verhungerten ist mit 3.000 täglich wahrscheinlich nicht übertrieben.

Das sinn- und gnadenlose Sterben seiner eigenen Stammesangehörigen, der Ibos, muß der Unmenschlichkeit von Oberst Ojukwu zugeschrieben werden. Er, der wie kein anderer sah, daß er mit seinen Sezessionsplänen politisch und militärisch am Ende war, führte die ihm bedingungslos Vertrauenden in den Tod. Manche Beobachter sind der Auffassung, daß ihm kein anderer Weg offen blieb. Die Truppen der Bundesregierung sind oft genug dabei beobachtet worden, wie sie in den von ihnen besetzten Gebieten die Unterlegenen hinschlachteten. Die Kampfpapole vom "geeinigten Nigeria" wird von zahlreichen nigerianischen Soldaten - und ihren emigrierten Parteigängern in London - verstanden als ein Nigeria ohne Ibos. Es ist die Ausrottungspolitik, der nackte Genozid, der monatelang von einer unbewegten Menschheit zugelassen wurde. Und wenn in Whitehall immer wieder im Hinblick auf die Waffenlieferungen versichert wird, sie gestatteten Einfluß auf Lagos, so ist bis zur Offenlegung von Denarchen und Aide-memoires, aus denen das Gegenteil hervorgeht, eine gewisse Mitschuld Britanniens an dem Genozid der Ibos zu konstruieren.

Als "Gewissensgeld" hat man denn auch die 250.000 Pfund (rd. 2 1/2 Millionen Mark) bezeichnet, für die Britannien Arzneien und Lebensmittel in die Katastrophengebiete bringen will. Gewiß, London hat Lagos die Entsendung eines Beobachter-Korps in Stärke eines Bataillons vorgeschlagen, wurde aber abschlägig beschieden. Wieviel Mühe sich die britischen Commonwealthdiplomaten, voran Minister Thomson, gegeben haben mögen, sie waren nicht sehr erfolgreich. Die Vorgespräche zu Friedensverhandlungen in London und Kampala kamen dank der Initiative des kanadischen Commonwealth-Generalsekretärs Arnold Smith zustande. Für die laufenden Gespräche in Niamey (Niger) und die folgenden in Addis Abeba (Äthiopien) kann die Organisation für die Einheit Afrikas (OAU) einigen Kredit buchen. London hat bei alledem erneut die Lektion lernen müssen, wie fiktiv die Idee des Commonwealth geworden ist. Sie wird auch die Konferenz der Commonwealth-Regierungschefs nicht mehr mit neuem Glanz und Leben erfüllen können, wenn sie sich im Januar nächsten Jahres in London ein Mal mehr zusammensetzen.